

es auch dem zielbewußten Zusammenwirken aller behördlichen und privaten Stellen vorgenommen sein, die wirtschaftlichen Noten und Sorgen, von denen große Teile der Bevölkerung bedroht sind, zu mindern. In diesem Sinne sende ich der gesamten Bevölkerung meine aufrichtigen Gedanken und Glückwünsche."

Das Telegramm an den Oberbürgermeister in Duisburg lautet folgendermaßen:

"Aus Anlaß der heute erfolgten Räumung der Stadt Duisburg durch die Belagerungsgruppen überliefere ich der dortigen Bevölkerung meine herzlichen Gedanken und Glückwünsche. Namens der preußischen Staatsregierung gebe ich dem aufrichtigen Danke Ausdruck für die vorbildliche Vaterländische Haltung, die Duisburgs Männer und Frauen während der schweren, mehr als vierjährigen Besatzungszeit vor aller Welt bekannt haben. Möge das Wirtschaftsleben Duisburg nunmehr neu und glücklich sich entfalten und möge es nachhaltig den vereinten Bemühungen aller sozialen, kommunalen und privaten Stellen gelingen, der wirtschaftlichen Not, unter der die weiten Kreise der Bevölkerung zu leiden haben, Herr zu werden".

Der Deutsche Katholikentag.

Stuttgart, 25. August.
Die heutige letzte Sitzung des Deutschen Katholikentags wurde durch eine Tagung des Reichsverbands für die katholischen Auslanddeutschen eingeleitet, in der katholische Auslanddeutsche aus Polen, Rumänien, Jugoslawien, der Türkei, Ungarn, Brasilien, Argentinien, Spanien und den Vereinigten Staaten von Amerika das Wort ergriffen. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen eines Vertreters der deutschen Katholiken in Polen, der dem polnischen Sejm angehört. Er erklärte u. a., der wesentlichste Charakterzug der Polen ist Hoff auf die Deutschen. Den deutschen Katholiken wird es sehr schwer, sich eine Stellung zu schaffen, weil Polen Gerechtigkeit fühlt. Da auch die Presse geknebelt ist, ist es lediglich den Abgeordneten im Sejm möglich, den Polen die Wahrheit zu sagen. Am meisten haben die 500.000 deutschen Katholiken in Polen unter dem polnischen Krieg und dem polnischen Epipol zu leiden. Am Schluss der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die dafür eintritt, daß die Arbeit der deutschen katholischen Auslandverbände noch mehr als bisher unterstützt werde. Die dritte geschlossene Versammlung, die daran ansetzt, widmete sich der Frage der katholischen Presse. Verlagsleiter Treber hielt einen Vortrag über das Thema: "Wer sorgt für die katholische Presse?" Er forderte Unterstützung der katholischen Presse durch geistige Mitarbeit und trat für eine aufrechte Bezahlung der Redakteure ein, damit talentvolle katholische Journalisten ihren Lebensunterhalt nicht bei der katholischen Presse suchen mügten.

Der Protest Marienbads.

Prag, 26. August.
Das Stift Tepl und die Stadtgemeinde Marienbad erhoben nach einer Meldung der "Bohemischen Zeitung" gegen die ungewöhnliche Verhängung der Zwangsverwaltung Protest und nahmen die Verhängung nicht zur Kenntnis. Die Regierung des Marienbader Volksrates über das Vorgehen des tschechischen Bodenamtes ist sehr gross, zumal

Morgen neue Verhandlungen im Eisenbahnerkonspekt

Einigungsversuche.

Berlin, 25. August.

Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Reichsbahndirektion Berlin und die Spartenorganisationen der Eisenbahnarbeitergewerkschaften zu Donnerstag zu Einigungsversuchen über den Sozialkonspekt eingeladen und zum Vorstand und Schlichter den früheren Oberbürgermeister von Nienburg Dr. Blethen einzuladen.

Die Reichsbahn verteidigt sich.

Berlin, 25. August.

Gegenüber Angriffen auf die finanzielle Lage der Reichsbahn, die in den letzten Monaten eindrückliche Überfälle zu verbergen hatte und erwartet, selbst geringe Lohn- und Gehaltsabschüttungen würden den Staat in Gefahr bringen, erklärt heute ein Vertreter der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft in einer Pressekonferenz, daß ihre monatlichen Abrechnungen insoweit zu Wohlverstande geladen sind, als sie lediglich den Überschuss der Betriebsaufgaben über die reinen Betriebsausgaben nachweisen, dagegen die einmaligen oder doch nicht allmählich fallenden besonderen Ausgaben außer Betracht lassen. Es kommt hinzu, daß das erste Januarmonatige Geschäftsjahr am 1. Oktober 1924 begonnen, also die Kosten der letzten Regierungswochen noch mitzuwirken habe. Es sei allerdings im Durchschnitt einzelner Monate ein Betriebsüberschuss von je 72 Millionen erzielt worden; aber dieser Überschuss sei nur in den geschäftigsten guten Monaten des Frühjahr und Sommers erreicht, während er im Herbst und Winter sich beträchtlich verringert. Die Überfälle seien auch durch verschiedene Sparmaßnahmen erzielt worden, die den einzelnen Direktionen auferlegt worden sind. Zu berücksichtigen ist weiter, daß die Reichsbahn die jeweils fälligen Reparationen und auf Grund des Dawesplanes bestimmte Rücklagen vorzunehmen habe. Die Reparationen selbst bezirken für das erste Jahr vertragsgemäß 200 Millionen. Es sei aber vor den Kritiken der Finanzpolitik der Reichsbahn nicht brachst.

eine Erziehung der deutschen Angestellten und Beamten durch tschechische Mütze zu befürchten sei. Die Parteien der deutschen Arbeitsgemeinschaft nehmen hente zu der Angelegenheit Stellung.

Weltkonferenz für praktisches Christentum.

Kirche und Krieg.

Berlin, 25. August.

Die Weltkonferenz der christlichen Kirchen hat heute unter höchster Spannung in die Beratung der internationalen Beziehungen ein. Der Kommissionbericht stellt zunächst fest, daß zahlreiche Einzelheiten, auch die Kriegsfrage, nicht geklärt seien, und schlägt im Anschluss daran formulierte Entschließungen zur Frage Krieg und Völkerbund vor. Die Kirche soll den Völkerbund als zugeist einzige Organisation für die Herstellung einer internationalen Völkergemeinschaft dem kriegerischen Wohl-

worben, daß das Reparationsjahr, anders als das Geschäftsjahr, am 1. September beginnt. Schon im zweiten, am 1. September 1925 beginnenden Reparationsjahr sind annähernd 600 Millionen Abzügen fällig, von denen in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahrs je 50 Millionen, insgesamt also 200 Millionen aufzubringen sind.

Daraus ergibt sich, daß auf dem geschlagenen Betriebsschlüssel im ersten Geschäftsjahr in Höhe von 500 Mill. R. 400 Mill. R. an Reparationen und Rücklagen von über 100 Mill. R. abzuweichen sind. Von dem Vorhandensein eines Reservefonds könnte also keine Rede sein.

Bor der Aussperrung von 600.000 Bauarbeitern.

Berlin, 25. August.

Die von den Unternehmen am Freitag angekündigte Generalaussperrung aller Bauarbeiter im Reich scheint nun nicht Talake zu werden. Eineige Verhandlungen der beiden Parteien mit dem Reichsarbeitsminister haben zu einem Ergebnis geführt. Eine Generalversammlung der Bauarbeiter beschäftigte sich heute vorzeitig in Berlin mit dem am Freitag gefallten Schiedsentscheid. Die Versammlung lehnte den Schiedsentscheid ab. Die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsentscheides wird am Donnerstag nachmittag im Reichsarbeitsministerium bearbeitet werden. Falls es in leichter Stunde nicht zu einer Einigung kommt, werden am Freitag durch die Generalaussperrung etwa 600.000 Bauarbeiter in Deutschland entlassen werden.

Ablösung des Schiedsentscheides im Ruhrbergbau.

Essen, 25. August.

Wie vor Zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben die vier Bergarbeiterverbände an den Reichskommissar Wehlich ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie den am 19. d. M. gefallenen Lohnschiedsentscheid einstimmig ablehnen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Übergang von der Volksschule nach der höheren Schule.

Von Ministerialrat Dr. J. Meier.

Der Übergang von der Volksschule zur höheren Schule vollzog sich in Sachsen bereits vor dem Inkrafttreten des Grundschulgesetzes bis auf wenige Ausnahmen am Ende des vierten Grundschuljahres. Die vor Monaten beschlossene Abänderung dieses Gesetzes, nach der ansonstweise einzelne besonders begabte Kinder nach bestehender Aufnahmeprüfung schon nach dreijährigem Besuch der Grundschule in die Segen einer höheren Schule einzutreten hätten, bedeutet für Sachsen nichts anderes als eine Wiederherstellung des alten bewährten Zustandes. Die Aufnahme in die unterste Klasse der höheren Schule erfolgte auf Grund einer Prüfung, in der der Prüfling im Ausschlag, Lesen und Rechnen, in der Sprachlehre und Rechtschreibung den Anforderungen des vierten Schuljahres einer achtklassigen Volksschule genügen möge. Die Grundschule lieferte also einzige Unterlage für die Beurteilung der Vermögensseite die latein Jeniss.

Durch Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 18. Januar 1923 (BdL 5 Jarg. Nr. 2) ist der Übergang von der Volksschule nach der höheren Schule neu geregelt worden. Die Untersagen für die Beurteilung der Aufnahmefähigen Kinder und Mädchen sind wesentlich vermehrt worden. Erstaunlich wurde diese Erweiterung der Aufnahmefeststellungen in erster Linie durch den von Jahr zu Jahr wachsenden Zustrom zu den höheren Schulen, denn die vermehrten Unterhaltskosten dieser Schulen, Staat und Eltern, durch Errichtung neuer Segen wie in bestehendem Umfang Rechnung tragen könnten und der, um die wirklich Begünstigten herauszufinden, jüngststiftende und schärfste Eichung der an-

gemeldeten Kinder zur Pflicht macht. Die allgemeinsten Kriterien für die hohen Anmeldungen bilden naturng die reale wirtschaftliche Lage, in die weit Kreise der Bevölkerung durch den vorliegenden Krieg geraten sind. Nach dem Verlust alles ererbten, erarbeiteten und erworbenen Vermögens, das die Zukunft der Kinder sichern helfen sollte, bleibt den Eltern nur das eine Mittel, ihre Kinder für den Lebenskampf auszubilden: eine gute Schulbildung. Die geringe Aussicht zum Heiraten und die Notwendigkeit, sich durch Erlernung eines Berufs auf einem Höhe zu stellen und die wirtschaftliche Not der Familie mit anderen zu helfen, treibt überdies viele Mädchen zur höheren Schule, die ihr selber fern bleiben. Von weiteren, besonderen Ursachen sei nur eine als bemerkenswert erwähnt: die stärkere Belebung der unteren Sände am öffentlichen Leben hat in breiten Volksschichten die Merksamkeit besserer Bildung und eine starke Erhöhung des Selbstbewußtseins bewirkt.

Um aus der wesentlich erhöhten Zahl der Aufnahmefeststellungen Kinder die für die höhere Schule willkürlich geeigneten herauszuholen — Irrtümer sind erfahrungsgemäß auch bei den roffindesten Prüfungsmethoden nicht ausgeschlossen —, müssen entweder die bisherigen Anforderungen in der Aufnahmeprüfung verstärkt werden, was aber in den Lehrplanbestimmungen für die Grundschule seine Grenzen hat, oder es müssen zu den bereits begangenen Wege der Auswahl neue gesucht werden. In der pädagogischen Presse wurde überdies seit langem gefordert, gerade bei der Aufnahmeprüfung das Maß der Kenntnisse nicht allzu einseitig ausschlaggebend sein zu lassen für die Feststellung der Eignung für die höhere Schule, sondern zunächst alle Eignungsrichtungen zu erhalten. Ist doch, solange es sich um den Nachweis erworbenen Schulwissens handelt, der mittelbegabte Schüler der achtklassigen Stadtschule auch dem hochbegabten der zwei ja auch noch der

viertklässigen Grundschule gegenüber fast immer im Vorteil; ebenso der nebenher gehörig in den Wissensfächern für die Aufnahmeprüfung gebildete gegenüber dem, dem aus Gründen wirtschaftlicher oder sonstiger Art die Möglichkeit solcher Sonderprüfung verschlossen war. Hatten doch nach Erhebungen gelegentlich der letzten Aufnahmeveranstaltungen bis 60 v. H. der für einzelne Schulen angemeldeten besonderen Vorbereitungskurse genossen. Die seit etwa 30 Jahren laufenden Erhebungen der Berufsschulen der experimentellen Psychologie, durch sogenannte Teste (Sachkoben) zunächst einfache seelische Verstärkungen, wie Sinneswahrnehmung und Sinnesgedächtnis, zu prüfen, dann aber auch die zusammengehörigen Erscheinungen des intellektuellen Lebens, z. B. den Erziehungsgeist, die Beobachtungs- und Darstellungsfähigkeit, das Kombinationsvermögen, Formenkenntnis und Formengedächtnis, Phantasiebegabung, Sprachgedächtnis möglichst fehlerfrei zu erfassen, besonders die in den letzten Jahren von William Stern (Hamburg) auf breiter Basis unternommenen Versuche, nach experimentellen Methoden Art und Grad der geistigen Anlagen des Schullindes zu erkennen, und seine damit erzielten Erfolge ließen es angebracht erscheinen, der Prüfung des Begegnungskundes oder wenigstens einzelner wichtiger Teile desselben stärkere Beachtung zu schenken als bisher. Durch die wiederholt gegebene Verordnung des Volkssbildungministeriums vom 18. Januar 1923 wurde die Fähigkeits- oder Begegnungsprüfung neben der Kennimpfung im Rahmen der Aufnahmeprüfung für alle höheren Schulen verbindlich gemacht. Ihre Ausgestaltung konnte den Prüfungsausschüssen überlassen. Diese haben sich, nachdem einzelne Schulen schon seit Jahren Versuche damit unternommen hatten, mit viel Eifer und wissenschaftlicher Sorgfalt der Sachen angenommen, und es wird nicht schwer sein, allmählich zu festen Richtlinien auch für diesen Teil der Aufnahmeprüfung zu gelangen.

Desgleichen konnte — besonders nach dem Wegfall

Rotschrei des besetzten Rheinlandes

Stockholm, 25. August.

In der Aussprache über das Thema „Kirche und Internationale Beziehungen“ erklärte der Vertreter des evangelischen Rheinlandes Generalsuperintendent Klingemann-Rohrmann im Gespräch mit vielen Konferenzmitgliedern, er sei im Interesse der Volksverbindung mit der gesamten Konferenz einig; aber es sei unmöglich, die Verewigung der gegenwärtigen Zustände des Völkerlebens mit der Voraussetzung für das Reich Gottes in Einklang zu bringen. „Wir können“, sagte er, „an den nahen Zustand des wahren Friedens nicht glauben, solange dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens versagt bleiben. Die Katholiken und Protestantanten des Rheinlandes würden es nicht verstehen, wenn das Verlangen nach Freiheit vom inneren und äusseren Druck nicht lange würde. Wie möchten Sie predigen, aber es wird und mußlich schwer gemacht. Gerebendes wartet das entwaffnete Deutschland auf die allgemeine Entwicklung. Der Völkerbundgedanke ist nicht zu unterschätzen. Aber es ist unmöglich, in der gegenwärtigen Gestalt des Völkerbundes eine religiöse Kraft zu erkennen. Der Völkerbund ist zurzeit der Bürde eines unerträglichen Zustandes. Der Schutz der deutschen Minoritäten wird weiterhin verlangt. Wir verlangen nicht mehr Hilfe, aber Gerechtigkeit des Reichs und Friede und Würdigung unserer Positionen.“

Internationaler Kongress der Lehrergewerkschaften.

Brüssel, 25. August.

Der Internationale Kongress der Lehrergewerkschaften begann seine Arbeit am Dienstag im Brüsseler Volkshaus. Vertreten sind Deutschland, Frankreich, England, Österreich, Italien, Jugoslawien, Portugal und Belgien. Vor Eintreten in die Tagessitzung nahm der Kongress eine Sympathiekundgebung an, für die die streikenden Metallarbeiter und Buchdrucker Belgien und die französischen Bankangestellten an. Außerdem beschloß der Kongress, den Streikenden auch materielle Hilfe anzubieten.

Zweiter Kongress der sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Entschließung für den Achtundertag. Marseille, 25. August.

In seiner heutigen Sitzung nahm der internationale Sozialistikkongress eine Entschließung an, in der der Hoffnung auf Aufruf gegeben wurde, daß die sozialistischen Arbeiter aller Länder in ihren Anstrengungen nicht nachlässigen werden,

bis der Achtundertag praktisch durchgeführt ist. Der Kongress verlangt, daß die Regierungen, die die Amtmänner noch nicht ernannt haben, dies sofort nachholen. — In einer Resolution des Kongresses entstand heute zwischen der tschechoslowakischen Amtsstellung und dem Völkerbund zu den Absichten der Kommission zu verhängnisvollen Missdeutungen führen. Wir beteiligen uns an der Aussprache in der Erwartung, daß die Konferenz über den Bericht der dritten Kommission ebenfalls abstimmt, wie sie es gegenüber den übrigen Bevölkerungen getan hat.

Der Achtundertag praktisch durchgeführt ist. Der Kongress verlangt, daß die Regierungen, die die Amtmänner noch nicht ernannt haben, dies sofort nachholen. — In einer Resolution des Kongresses entstand heute zwischen der tschechoslowakischen Amtsstellung und dem Völkerbund zu den Absichten der Kommission zu verhängnisvollen Missdeutungen führen. Wir beteiligen uns an der Aussprache in der Erwartung, daß die Konferenz über den Bericht der dritten Kommission ebenfalls abstimmt, wie sie es gegenüber den übrigen Bevölkerungen getan hat. Die tschechoslowakische

(Schluß folgt.)

der Grundschule zur Beurteilung des angemeldeten Kindes für die Dauer nicht genügen. Der tatsächliche, daß der Lehrer der Grundschule in jahrelangem täglichen Umgang und geistigem Kontakt mit seinen Kindern ein umfassendes und in Gegenseitigkeit zu den Eltern auch unbefangenes Urteil über sie gewinnen muß, vernag die Befürchtung nicht gerecht zu werden. Sie kann neben den Sensibilitäten und Verletzlichkeiten Neigung und Begabung weitläufig andeutnen, vernag aber über den Charakter des Kindes, über seine Arbeitsweise, seine häuslichen Verhältnisse, das Verhältnis des Elternhauses zur Schule u. a. keinen Kontakt zu geben. Nach der Verordnung vom 13. Januar 1923 ist die Grundschule für die angemeldenden Kinder neben der Befürchtung eines Schülertests oder, solange ein solcher noch nicht gestellt wird, als schriftliches Urteil über den Schüler zu liefern, in dem alle für seine Beurteilung wichtigen Umstände darzulegen und ein zusammenfassendes Urteil über die Eignung für die höhere Schule vorzuschreiben. Beim Achtunderttag gehen der Unterricht der Grundschule und der höheren Schule hinsichtlich der Eignung eines Kindes ist der Klassenlehrer aus der Grundschule zu Rate zu ziehen, und durch eine weitere Verordnung vom 17. Januar 1923 legt das Ministerium den höheren Schulen überdies nahe, verhältnismäßig Lehrer als Eltern oder Mitpächtere zu den Aufnahmeprüfungen einzuziehen.

(Schluß folgt.)

Die Ausstellung auf der Brühlischen Terrasse ist sehr sinnend dadurch bereichert worden, daß die Galerie Rathaus in Berlin 10 Gemälde französischer Impressionisten zur Ausstellung gegeben hat. Man hat sie in der kleinen Reihe vom letzten Saale untergebracht.

Bei den Kindern, die gezeigt werden, befindet sich auch Gustave Courbet (1819–1877);

Ausstellung Dresden 1923.

3.

Die Ausstellung auf der Brühlischen Terrasse ist sehr sinnend dadurch bereichert worden, daß die Galerie Rathaus in Berlin 10 Gemälde französischer Impressionisten zur Ausstellung gegeben hat. Man hat sie in der kleinen Reihe vom letzten Saale untergebracht.

Bei den Kindern, die gezeigt werden, befindet sich auch Gustave Courbet (1819–1877);